



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 04. März 2008
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Claudia Spruch (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn: 17.10 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 10/08, 12/08)

(Drucksachenband 126)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

0002 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0003 Genehmigung der Niederschrift vom 04.12.2007

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses vom 04.12.2007 wird genehmigt.

Einstimmig

0004 07-A-21-0005

Stadtbeobachtungen aktuell; Hier: - 40/2007 - Nationalitätenspezifische Integration

Der Power-Point-Vortrag von Frau Dr. Dollinger wird zur Kenntnis genommen.

Die Stadtbeobachtung aktuell Nr. 40/2007 ist den Stadtverordneten mit der Mandatsträgerpost im Dezember 2007 zugegangen.

Einstimmig

0005 08-F-01-0030

Nichtraucherschutz in der Spielbank Wiesbaden
- Antrag der SPD vom 26.02.2008 -

Stv. Manjura begründet den Antrag und berichtet, dass dieser Antrag auch schon im Gesundheitsausschuss im Januar gestellt wurde. Außerdem gab es eine Anfrage im Stadtparlament. Es war berichtet worden, dass sich zwischen großem und kleinem Spiel 2 getrennte Räume befinden. Der kleine Raum, in dem sich Automaten Spiele befinden, sei der Nebenraum und deshalb sei dieser als Raucherraum nutzbar.

Der jetzige Antrag bezieht sich auf ein Schreiben des Hess. Sozialministeriums, das dem Magistrat schon im November zugegangen ist. Hier wird darauf abgestellt, dass durch den Begriff „Nebenraum“ klar gestellt ist, dass der Raum eine untergeordnete Funktion haben muss, sonst hätte man ihn anders bezeichnen können. Der Saal des Automaten Spiels kann nach Auffassung der SPD-Stadtverordnetenfraktion kein untergeordneter Raum sein, weil dort völlig andere Spiele angeboten werden. Außerdem gäbe es eine Theke und Schankbetrieb, was auch gegen einen Nebenraum spricht.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. März 2008**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Das Schreiben des Hess. Sozialministeriums ist bisher den Fraktionen oder dem Stadtverordnetenbüro nicht zugegangen.

Vors. Spruch weist darauf hin, dass es problematisch sein könnte, aus Schreiben an den Magistrat zu zitieren, wenn diese Schreiben dem Amt der Stadtverordnetenversammlung oder den Fraktionen nicht vorliegen.

Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz berichtet, dass das Schreiben an die Fraktionen unterwegs ist und weist darauf hin, dass das Thema Nichtraucherschutz in der Spielbank bereits in der Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung behandelt wurde.

Sie weist darauf hin, dass das Automatenenspiel sowohl im kleinen als auch im großen Spiel der Spielbank möglich ist, so dass nicht rauchende Kunden eine Auswahlmöglichkeit haben.

Die Frage der Gleichbehandlung mit Gaststätten richtet sich an den Gesetzgeber. Er hat die Möglichkeit eingeräumt, in Nebenräumen das Rauchen zu gestatten. Das Gesetz, das hier zur Anwendung kommt, sei im Hessischen Landtag mit großer Mehrheit verabschiedet worden.

Für Stv. Schickel macht sich die Frage an der Definition des Raucher- bzw. Nebenraumes fest. Die Definition eines Nebenraumes greife hier nicht, da im kleinen Spiel völlig andere Spiele angeboten werden. Von daher sei es ein eigener Geschäftsbereich und es werde ein anderer Kundenkreis angesprochen.

Es gäbe für die Spielbank nur 2 Auswege: Entweder eine Glasabtrennung oder Speisen und Getränke müssen kostenlos abgegeben werden (hier räumt der Gesetzgeber ein, einen solchen Raum als Nebenraum = Raucherraum zu nutzen).

Man müsse wissen, dass $\frac{3}{4}$ des Bruttoertrages der Spielbank im Automatenenspiel eingenommen wird und 85 % der Spieler dort rauchen. Man habe dem Kundenkreis Rechnung getragen, verstoße aber gegen die Rechtsordnung. Da das Automatenenspiel ein eigener Geschäftsbereich ist, müsste auch ein eigener Nebenraum geschaffen werden.

Stv. Müller weist darauf hin, dass man sich hier mit juristischen Fragen beschäftigen würde (was ist ein Geschäftsbereich). Die Frage der Gerechtigkeit ist hier nicht korrekt. Er selber würde für die bayrische Lösung plädieren - absolutes Rauchverbot. Dies sei aber in Hessen anders geregelt worden, was für ihn nicht weitgehend genug sei. Der Magistrat könne allerdings das Problem nicht lösen, sondern hier seien die hessischen Gesetze ausschlaggebend. Man sollte aber hier im Ausschuss keine Rechtsauslegung betreiben. Eine Klage der Betroffenen könne helfen.

Stv. Bohrer kann der Logik von Stv. Müller nicht folgen. Wenn, dann müsse die Spielbank klagen, wenn sie weiter den Raucherraum betreiben möchte. Man sollte ein Stück weiter daran arbeiten, dass nicht geraucht werde. Er sieht hier ganz klar wirtschaftliche Interessen, da die Spieler möglichst ihr Spiel nicht zum Rauchen unterbrechen müssen. Er sieht Zusammenhänge zwischen der Spiel- und der Nikotinsucht. Die Landeshauptstadt Wiesbaden sei sehr wohl in der Verantwortung, zumal sie die Tronc-Mittel einnehme und sollte Suchtmittel nicht noch fördern.

Stv. Müller weist noch einmal darauf hin, dass er eine weitergehende Lösung wünscht. Bis dahin müssten die Gerichte klären, ob sich die Spielbank gesetzeswidrig verhält. Es gäbe nach seiner Meinung eine klare Haltung der Grünen.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 04. März 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Spallek fragt sich, wie hier der Ausschuss für Bürgerbeteiligung weiterkommen solle, denn hier seien andere Bereiche betroffen (Gesundheitspolitik z.B.) und beantragt, den Antrag der SPD durch die in der Sitzung geführte Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Schickel berichtet abschließend, dass es um eine Sondergenehmigung des Magistrats für die Spielbank gehe. Die Spielbank habe ja die Genehmigung der Stadt bekommen. Er versteht die Position der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nicht, die hier im Ausschuss vertreten werde (wasch mich, aber mach mich nicht nass). Es würde ganz klar gegen das Gesetz verstoßen, da es sich auf keinen Fall um einen Nebenraum handelt. Der Magistrat sollte die Sonderbehandlung nicht dulden.

Stv. Bohrer beantragt, den Antrag der SPD abzustimmen.

Der Antrag auf Erledigung durch Aussprache ist der weitergehende und wird wie folgt abgestimmt:

gegen SPD + LiLi angenommen

0006 08-A-21-0002

Sachstand zum Bürgerbüro
- Bericht des Dezernates für Bürgerangelegenheiten und Integration -

Zu diesem Punkt sind Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz, Frau Paul, Herr Beyer und Herr Tischel anwesend.

Herr Tischel berichtet zunächst, dass die Eröffnung der Bürgerbüros am 14.04.2008 stattfinden wird. Das Bürgerbüro wird montags bis freitags von 10.00 Uhr bis 20.00 Uhr und samstags von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr geöffnet sein. Das Leistungsangebot der Zentralen Meldestelle wird 1 zu 1 im Bürgerbüro übernommen, aber durch weitere Leistungen ergänzt (Fahrerlaubnisse, Kleinfundsachen, Hundesteuer, Parkerlaubnisse für Schwerbehinderte usw.). Außerdem wird man im Bürgerbüro alles bezahlen können, was die Stadt Bürger/innen in Rechnung stellt. Dazu wird ein elektronisches Kassensystem eingeführt.

Im Erdgeschoss befinden sich 6 Info-Arbeitsplätze, dazu die Mobilitätszentrale von ESWE. Im 2. OG werden 7 Schalter eingerichtet und die GWW untergebracht, ebenso Leben im Alter.

Die 3 Partner ESWE, GWW und LHW eröffnen gleichzeitig.

Die Meldestelle wird ab 09.04.2008 geschlossen werden müssen, da die Umzugsmaßnahmen dies erfordern und außerdem Testläufe für das PC-System vorgesehen sind.

Die Ortsverwaltungen sind auf den Umzug der Meldestelle vorbereitet und halten zusätzliches Personal vor. In der Stielstraße (KfZ-Zulassungsstelle) werden zusätzlich 2 Schalter für das Einwohnerwesen eröffnet.

Alle Mitarbeiter/innen des Europaviertels sind vor dem Umzug geschult worden.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 04. März 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Im Moment können noch keine abschließenden Personaleinsatzpläne festgelegt werden, weil das Kundenverhalten noch ermittelt werden muss. Man weiß einfach nicht, ob samstags der größte Andrang sein wird, die Bürger/innen eher am Abend oder an bestimmten Tagen in das Bürgerbüro kommen werden.

Außerdem kommen noch 2 Faktoren dazu, die Berücksichtigung finden müssen. Zum einen erforderten die digitalen Sicherheitsvorschriften (elektronischer Fingerabdruck) mehr Zeit, zum anderen kommen viele Kunden in die Zentrale, die nicht in die Ortsverwaltungen gehen möchten.

Frau Zieren-Hesse wirft darauf ein, dass gerade in den letzten 6 Monaten die Tendenz, seine Angelegenheiten in den Ortsverwaltungen zu erledigen, zugenommen hat - die Fallzahlen seien um ca. 25 bis 30 % gestiegen. Man müsse allerdings die Öffentlichkeitsarbeit noch verbessern.

Stv. Schickel fragt nach dem Bestand der Ortsverwaltungen und geht davon aus, dass sich die Nachfrage der Bürger/innen zwischen Ortsverwaltungen und Bürgerbüro einlaufen wird. Er möchte außerdem wissen, ob angedacht ist, die Grundberatung in Angelegenheiten von SGB II usw. auch im Bürgerbüro anzubieten und fragt nach, ob durch die Umsetzung des Personals der Meldestelle die Bedarfe im Bürgerbüro gedeckt sind, d.h., ob die personelle Seite kostenneutral umgesetzt werden kann.

Herr Tischel kann die kostenneutrale Lösung im Personalbereich nicht bestätigen. Es würden mehr Leistungen angeboten und die erweiterten Öffnungszeiten würden sich mit dem vorhandenen Personal nicht abdecken lassen. Man müsse davon ausgehen, dass der Grundbestand aus der Zentralen Meldestelle gedeckt würde, aber dazu noch ein bisher unbekannter Faktor an zusätzlichem Personal erforderlich werden könnte.

Zum Bereich SGB II führt er aus, dass es auf ausdrücklichen Wunsch der Kolleg/innen aus dem Amt für Soziale Arbeit kein Angebot für diese Aufgaben werde. Die Kolleg/innen hätten darauf hingewiesen, dass es immer zu Beratungen kommt, die auch aufgrund der räumlichen Situation im Bürgerbüro nicht leistbar sind. Nach seinen Recherchen würde das auch bundesweit keine Stadt anbieten.

Stv. Spallek lobt die Prozessplanung und bittet darum, dem Ausschuss nach 6 Monaten einen Erfahrungsbericht zur Frequentierung des Bürgerbüros usw. zuzuleiten.

Stv. Müller schließt sich dem Lob an, man sei zufrieden mit der Einrichtung des Bürgerbüros. Er fragt nach, ob die GWW und die Mobilitätszentrale gleichzeitig mit der LHW eröffnen und möchte wissen, ob es Probleme bei den Mitarbeiter/innen in Bezug auf die Arbeitszeit gäbe. Er bittet außerdem darum, bei evtl. Neueinstellungen Menschen mit Migrationshintergrund besonders zu berücksichtigen. Er möchte zu dem gerne wissen, ob mit Reibungsverlusten gerechnet wird, da die bisherige Nähe zwischen Ausländerbehörde und Zentraler Meldestelle nicht mehr gegeben ist. Und als letzten Punkt möchte er gerne geklärt wissen, ob es ein identisches Leistungsangebot in den Ortsverwaltungen und dem Bürgerbüro gäbe und ob man hier ein Springersystem entwickeln könnte.

Herr Tischel berichtet zu den Fragen folgendes:

Es gibt ein gemeinsames Eröffnungsfest, das GWW, ESWE und LHW ausrichten.

Es gibt Probleme mit dem Personal wegen der geänderten Öffnungszeiten und der Tatsache, dass keine abschließenden Dienstpläne gemacht werden können. Auch die Gespräche mit dem Personalrat laufen nicht unkritisch.

Er nimmt den Hinweis, dass Personal mit Migrationshintergrund bevorzugt eingestellt werden soll, auf und weist darauf hin, dass dies immer nur im Einzelfall bei externen Einstellungen möglich wird.

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. März 2008**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Frau Zieren-Hesse berichtet, dass schon heute in den Ortsverwaltungen bis auf das Führerscheinwesen alles angeboten wird, was es an Leistungen in der Stadt gibt. Sämtliche Formulare seien in den Ortsverwaltungen zu bekommen.

Vors. Spruch schließt sich dem Dank an und fragt nach, ob es möglich sei, dass die Mitarbeiter/innen Namensschilder tragen können, damit die Bürger/innen sie als Ansprechpartner sofort erkennen.

Herr Tischel hätte am liebsten Dienstkleidung eingeführt, geht aber davon aus, dass die geplanten Namensschilder die Mitarbeiter/innen auch erkennbar werden lassen.

Ein Mitglied des Ausländerbeirates möchte wissen, wie viele Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund im Bürgerbüro arbeiten werden.

Herr Tischel bittet darum, diese Frage im Erfahrungsbericht nach einem halben Jahr mitbeantworten zu dürfen.

Vors. Spruch weist darauf hin, dass es auch interessant sei, die Relation zwischen der Anzahl der Bewerber/innen und der Bewerber/innen mit Migrationshintergrund zu kennen.

Auch dies wird im Erfahrungsbericht abgebildet.

Stv. Müller fragt nach, ob geplant ist, eine Art Info-Theke einzurichten, damit die Bürger/innen klären können, ob ihnen im Bürgerbüro geholfen werden kann oder Formulare abholen, die vorab ausgefüllt werden können.

Herr Tischel bestätigt dies.

Herr Dogan (Vors. Ausländerbeirat) fragt nach den Konsequenzen für Menschen mit Migrationshintergrund, die durch den Umzug der Zentralen Meldestelle auftreten können, da der räumliche Bezug zur Ausländerbehörde wegfällt und weist darauf hin, dass Herr Tischel bereits Vorschläge gemacht hat.

Vors. Spruch bedankt sich für den Bericht.

Einstimmig

0007 07-F-25-0071

"Willkommenspaket" für Neubürgerinnen und Neubürger und Studierende
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 12.06.2007 -

Herr Tischel und Herr Beyer sind zu diesem Thema anwesend.

Herr Beyer stellt das Willkommenspaket vor, das zusammen mit Wiesbaden-Marketing entwickelt wurde. Es handelt sich um eine Art Mappe aus dickerem Karton, die stapelbar, leicht handhabbar sein

**Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. März 2008**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

und die verschiedenen Formate der Infos aufnehmen können muss. Die maschinelle Fertigung wird ca. 2 € pro Mappe kosten.

Stv. Klüssendorf findet keinen Hinweis auf das Stadtlogo, die Identität der Mappe sei nicht erkennbar. Es könnte auch das Geschenk einer Bausparkasse sein.

Die Mappe ist sozusagen ein Prototyp, der noch geändert und vor allem auch als Wiesbaden-Geschenk erkennbar sein wird. Es war aber wegen der zeitlichen Schiene nicht möglich, einen fertigen Entwurf zu dieser Sitzung zu liefern. Es ist vielmehr angedacht, demnächst verschiedene Vorschläge vorzulegen. Die Mappe sollte auf jeden Fall vorgestellt werden, ohne genau auf die Optik zu achten.

Stv. Schickel findet die Grundidee in Ordnung, fragt aber nach, ob die Inhalte schon klar seien und möchte gern zusätzlich auch die Wiesbadener, die Deutsche geworden sind, mit einer vielleicht nicht ganz so umfangreichen Mappe begrüßen.

Herr Beyer berichtet, dass es jährlich ca. 16.000 bis 17.000 Neuanmeldungen in Wiesbaden gäbe, aber sich hinter diesen Zahlen auch Familien verbergen, bei denen ein Willkommenspaket ausreichend sein dürfte. Man müsste mit ca. 7.000 Willkommenspaketen im Jahr rechnen. Man habe auch schon darüber nachgedacht, spezielle Pakete für ausländische Mitbürger/innen oder Senioren anzubieten. Dies würde aber an der Lagerkapazität scheitern. Außerdem würden die Fachämter nach finanziellen Mitteln fragen. Daher habe man sich entschlossen, ein Standardpaket anzubieten und zusätzlich z.B. im Bürgerbüro Flyer für spezielle Personengruppen anzubieten. Die Pakete müssten vorgepackt werden, da die Mitarbeiter/innen für diese Arbeiten keine Zeit hätten. Dadurch könnten aber keine tagesaktuellen Informationen in die Mappen aufgenommen werden, da dann ständig nachgepflegt werden müsste.

Herr Tischel berichtet, dass man zu viele Infos in der Stadt und keineswegs zu wenig habe.

Vors. Spruch bittet die Herren Tischel und Beyer, dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen Vorschläge auch hinsichtlich des Inhalts des Willkommenspaketes zu unterbreiten und die Mappe so zu gestalten, dass sie eindeutig als Wiesbadener Geschenk erkennbar ist.

Stv. Klüssendorf weist darauf hin, dass eine Überfrachtung des Paketes dazu verführen kann, das Paket einfach wegzuerwerfen.

Stv. Schickel schließt sich dem Vorschlag, die nächsten Vorschläge des Einwohner- und Integrationsamtes abzuwarten an und wirft noch einmal ein, dass ein Geschenk bei der Einbürgerungsfeier eine schöne Geste wäre.

Auch ein Flyer des Ausländerbeirates könnte nach Ansicht von Herrn Dogan mit in die Mappe gelegt werden.

Herr Tischel weist noch darauf hin, dass der Beschluss auch auf Studierende abgestellt hat und es bereits Gespräche mit der FH und der ebs gäbe. Es müsse noch geklärt werden, was dort an Infos angeboten wird.

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. März 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0008 07-F-06-0053

Neue Bleiberechtsregelung - Aktueller Stand
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 27.11.2007 -

Herr Tischel berichtet, dass 353 Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gestellt wurden und 258 davon (73 %) positiv entschieden wurden. Auf Bundesebene ist über 30 % der Anträge entschieden worden.

5 Anträge wurden versagt, über den Rest ist noch nicht abschließend entschieden worden, man rechnet aber mit einem positiven Ausgang.

Er weist auf eine bundesweite Untersuchung hin, in der die LHW als Musterbeispiel für Hessen berücksichtigt und positiv bewertet wurde. Er wird dem Ausschuss die Expertise zur Verfügung stellen, evtl. einen Auszug vorbereiten und in der nächsten Sitzung für Fragen zu dieser Untersuchung zur Verfügung stehen.

Stv. Bohrer fragt nach, wie lange denn die restlichen Personen auf einen Entscheid warten müssen. Er möchte außerdem wissen, was mit der Differenz geschehen ist, denn nach seiner Auffassung sind ca. 1.000 Personen betroffen, die lange in Wiesbaden leben, aber keinen Antrag stellen können.

Herr Tischel stellt klar, dass es eine so hohe Zahl nicht gegeben habe. Aber auch nicht alle Personen hatten eine Chance durch die Neuregelung. Die Bearbeitungsdauer sei vom Einzelfall abhängig und könne nicht pauschal festgelegt werden.

In der nächsten Sitzung des Ausschusses am 22.04.2008 wird als Punkt 1 über die Expertise diskutiert werden, die den Ausschussmitgliedern vorab per Mail zur Verfügung gestellt werden soll.

Einstimmig

0009 08-V-33-0002

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsmaßnahmen

Einstimmig

0010 08-V-10-0008

Feierlichkeiten anlässlich "60 Jahre Luftbrücke"

Stv. Bohrer begründet seine Ablehnung der Vorlage und fragt nach, ob sich die Zusetzungen auf den Eagle-Club beziehen. Dies bestätigt Frau Zieren-Hesse.

Er weist darauf hin, dass der Umzug des amerikanischen Hauptquartiers von Heidelberg nach Wiesbaden von seiner Fraktion nicht begrüßt würde. Die in der Vorlage zitierte Harmonie sei nicht generell gegeben. Man solle sich nicht mit den Streitkräften in Zeiten eines Angriffskrieges im Irak solidarisieren. Man sollte den Gesamtzusammenhang sehen und die Zeiten des Kalten Krieges nicht

**Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 04. März 2008**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

vergessen. Der Begriff „Russland“ in der Vorlage sei ebenfalls unpassend. Wie in der Vorlage alles verpackt ist, sei sehr unkritisch.

Stv. Spallek erklärt für die CDU, dass seine Fraktion diese Veranstaltungen begrüßt und hebt hervor, dass die amerikanischen Streitkräfte an einer Zusammenarbeit mit der LHW interessiert sind.

gegen LiLi

0011 Verschiedenes

Vors. Spruch unterrichtet den Ausschuss darüber, dass der Bericht zu den Sprachförderungsmaßnahmen für Kindergartenkinder in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Soziales am 16.04.2008 besprochen wird. Dies war Bitte des Sozialdezernates, um den Bericht nicht zwei Mal erläutern zu müssen.

Die reguläre Sitzung des Ausschusses wird am 22.04.2008 stattfinden.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .03.2008

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

weitere Schriftführerin

Spruch

Karipidou

Koba